

## Überraschung oder Mogelpackung?



**Erfolgreich regieren geht anders:  
Verschuldung abbauen – Vertrauen zurückgewinnen**

---

**Rede zur Etatplanung 2018  
Fraktionsvorsitzender Rüdiger Gutt**

Ratssitzung am 14. Dezember 2017

## **Erfolgreich regieren geht anders: Verschuldung abbauen – Vertrauen zurückgewinnen**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem mittlerweile dritten Regierungsjahr dieses Oberbürgermeisters und seiner Ampelmehrheit kann ich nicht umhin, hier und heute über zwei Haushalte zu reden.

Haushalt Nummer eins ist der Schuldenhaushalt 2018, der von der Stadtspitze heute zur Abstimmung gestellt wird. Wie in den drei Vorjahren offenbart auch dieser Etatplan das finanzpolitische Scheitern der amtierenden Regierung. Dazu werde ich nachher noch das Nötige aus CDU-Sicht sagen.

Zunächst aber will ich über Haushalt Nummer zwei sprechen. Dieser hat nichts mit Finanzen zu tun. Er besteht auch nicht aus harten Zahlen, sondern vielmehr aus weichen Werten und guten Sitten. Auch wenn er mehr atmosphärischer Natur ist, kann seine Ausgestaltung doch weitreichende Folgen für das Gemeinwesen haben: Ich meine den Vertrauenshaushalt, den die Stadtspitze im Umgang mit dem Rat und den Bürgern auf ganz eigene Art „bewirtschaftet“.

Es ist dieser „Etat“, der die politische Kultur im Rathaus und in der Stadt, im Innen- und Außenverhältnis bestimmt. Die wichtigsten Positionen heißen hier: Verständigung, Verlässlichkeit und Transparenz.

Auch der Vertrauenshaushalt einer Regierung drückt sich in „Einnahmen“ und „Ausgaben“ aus, genauer gesagt: in Vertrauenszuwachs und Vertrauensschwund.

Auch ein solcher Etat sollte am Ende mindestens „ausgeglichen“ sein. Besser noch sollte er einen Vertrauens-„Überschuss“ ausweisen. Denn davon hängen Qualität und Stabilität des politischen Klimas ganz entscheidend ab.

Herr Oberbürgermeister Geisel,

Ihr Vertrauenshaushalt, mit dem Sie als Regierungschef in das nächste Jahr gehen wollen, dieser Vertrauenshaushalt hat heute schon mächtig Schlagseite und ist bedenklich ins Minus

geraten. Sie haben ihn längst überzogen und damit der politischen Kultur in diesem Rat mehrfach schwer geschadet.

In aller Deutlichkeit: Der Verlust an Vertrauen in Ihre Politik, Herr Oberbürgermeister – dieser Erosionsprozess, den wir Ratsmitglieder besonders in diesem Jahr – wir alle miteinander – erleben mussten: Er hat die meisten von uns doch ziemlich überrascht und fassungslos gemacht.

Mit einem derartigen Ausmaß hatte kaum jemand von uns gerechnet. Das lässt auch für 2018 nichts Gutes ahnen.

Herr Oberbürgermeister,  
wenn ich „Ihre Politik“ sage, dann meine ich zum einen deren Inhalt, zum anderen aber auch deren Stil.

Was es heißt, in der Sache und im Stil den Bogen zu überspannen, macht kein Fall deutlicher als Ihr Missmanagement bei den Kosten für die Tour de France und Ihre haarsträubende Vorgehensweise zur Herbeiführung jener unrühmlichen Dringlichkeitsentscheidung in der Sommerpause.

In der Ratssitzung am 21. September, als dies zur Sprache kam, geschah etwas, was man im Drama einen Wendepunkt nennt. An diesem Tag, Herr Oberbürgermeister, wollten Sie eigentlich um Vertrauen für Ihren Etatentwurf werben. Tatsächlich aber schlug Ihnen das geballte Misstrauen von FDP, Grünen und CDU wegen der haushaltsrechtlichen Versäumnisse bei der Tour-Finanzierung entgegen.

Diese Art von „Turnaround“ hatten Sie gewiss nicht im Sinn, als Sie diesen schnittigen Begriff zum Mantra Ihrer Haushaltsrede machten.<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren,  
am 21. September und auch in den drei Sitzungen danach hat dieser Rat politisch ein Signal gesetzt und aus gutem Grund die Freigabe von überplanmäßigen Mitteln für den Grand Département verwehrt.

---

<sup>1</sup> Düsseldorf ist wieder da! Rede von Oberbürgermeister Thomas Geisel zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018 in der Ratssitzung am 21. September 2017, S. 3 u. ö.

Die Mehrheit der Ratsmitglieder hat standhaft die Budgethoheit des Rates verteidigt und den Oberbürgermeister in seine Schranken gewiesen.

Mehr noch: Gemeinsam haben wir den Oberbürgermeister aufgefordert, die demokratischen Spielregeln von Verständigung und Transparenz einzuhalten.

Manch eine dieser Regeln mag ungeschrieben sein, weil sie sich nicht direkt in der Gemeindeordnung findet – wie die, dass man eine Dringlichkeitsentscheidung nach mehrmaligem „Hausieren“ nicht am Schluss im Hinterzimmer von einem Ratsmitglied aus der eigenen Fraktion unterschreiben lässt.

Herr Oberbürgermeister,  
besonders an der empörten Reaktion von FDP und Grünen in der Septembersitzung hätten Sie rasch merken können, ja merken müssen: Es kommt nicht nur darauf an, zu beachten, was man rechtlich darf. Es kommt auch darauf an, zu beachten, was sich politisch gehört.

Wer den regierungsamtlichen Vertrauenshaushalt so überstrapaziert wie Sie, Herr Geisel, der sollte sich jedenfalls nicht wundern, wenn ihm auch die eigenen Bündnispartner die Gefolgschaft verweigern.

Erfolgreich regieren geht anders, Herr Oberbürgermeister!

Herr Neuenhaus,  
Ihr hoher moralischer Unterton, den Sie in Ihren Reden anschlagen, hier war er gerechtfertigt: Schon vor Ihrer Generalabrechnung mit dem Oberbürgermeister in dieser Woche haben Sie am 21. September von einem nie erlebten „Vertrauensverlust“ gesprochen, von „Respekt“ gegenüber dem Rat, der beim Oberbürgermeister „ein völlig anderer“ sein müsse.<sup>2</sup>

In der Tat, Herr Neuenhaus, in diesem Punkt ist die CDU-Fraktion mit Ihnen einer Meinung!

Dieser Oberbürgermeister aber glaubte sich – wie so oft – im Recht und meinte zudem, keine Nachhilfe in politischer Stil-Lehre nötig zu haben. Fast schon körperlich wehrte er sich gegen das erlösende Wort von Einsicht und Entschuldigung.

---

<sup>2</sup> Vgl. Videoaufzeichnung der 27. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 16. Wahlperiode vom 21. September 2017 (<http://www.duesseldorf.de/rat/live/aufzeichnungen-live-stream/ratssitzung-vom-21-september-2017.html>).

Da platzte dann auch Norbert Czerwinski zu Recht der Kragen – Zitat: „Hier wird wirklich eine Chance nach der anderen von Ihnen vergeigt, Herr Oberbürgermeister!“<sup>3</sup>

Meine Damen und Herren, da war auch für den flüchtigsten Beobachter mit Händen zu greifen, dass zwischen Rat und OB ein tiefer Vertrauensgraben klafft.

Vor allem zwei Personen vermitteln jedoch bis heute den Eindruck, dass sie die politische Brisanz dieser Situation nicht recht einsehen oder zugeben wollen: der Oberbürgermeister selbst und sein SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Raub.

Herr Raub,

Sie sind für Ihre Verdrängungsleistung nicht zu beneiden: Eingezwängt im Schraubstock zwischen Loyalität und Machterhalt müssen Sie jede Grenzüberschreitung Ihres Oberbürgermeisters mühsam übertünchen oder geduldig kleinreden.

Um Ihrem OB aus der Bredouille zu helfen, ließen Sie sogar ein Mitglied Ihrer Fraktion den besagten Dringlichkeitsentscheid unterschreiben. Ein einmaliger Vorgang in Düsseldorf!

Herr Oberbürgermeister,

fest steht in der Sache: Sie haben die Gelegenheit zu einer frühen und rechtzeitigen Verständigung mit dem Rat über die Mehrkosten der Tour de France nicht genutzt.

Ihr blasses „Es war ein Fehler“-Eingeständnis in der Sitzung am 19. Oktober ändert daran nichts.

Bemerkenswert ist aber überdies im Stil, dass Sie während der laufenden Debatten anscheinend noch ein ganz anderes Publikum im Auge hatten: Die Absolution, die Ihnen dieser Rat viermal nicht erteilte, sollte – so war wohl Ihr Plan – stattdessen von den Zeitungslesern kommen.

Und so streuten Sie – oder war's Ihr Umfeld? – rührselige Geschichten von Firmen, die sich angeblich von der Politik im Stich gelassen fühlen<sup>4</sup>.

Was die Ansprüche von Unternehmen und Handwerkern betrifft, die ihre Leistungen im Rahmen des Grand Départ ordnungsgemäß erbracht haben – dazu sage ich klipp und klar:

---

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> „Firmen warten auf Tour-Geld“ (Neue Ruhr-Zeitung/Neue Rhein-Zeitung, 21.10.2017); „Geisel darf VIP-Koch nicht ausbezahlen“ (Bild-Zeitung, 23.10.2017).

Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an dafür ausgesprochen, dass die Rechnungen der Firmen sofort von der Stadt bezahlt werden müssen.

Das war und ist auch rechtlich möglich, unabhängig von dem Prüfverfahren durch die Bezirksregierung. Dies hat die Kämmerin hier im Rat mittlerweile auch bestätigt.

Die Nebelkerze von den verzweifelten Gläubigern aus dem Mittelstand hatte den unlauteren Zweck, vor allem CDU, FDP und Grüne im Rat in Gewissensnöte bringen.

Und, Herr Oberbürgermeister, als ob die Mär von der Hartherzigkeit der Politik gegenüber der heimischen Wirtschaft nicht genug wäre: Sie legten noch einmal kräftig nach, um diesen Rat vollends zu diskreditieren.

Nach Ihrer endgültigen Abstimmungsniederlage bei der Freigabe der überplanmäßigen Tour-Gelder sagten Sie vor laufender Kamera den verheerenden Satz:

„Ich glaube nicht, dass es ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf war, und ich glaube nicht, dass es eine Werbung fürs politische Geschäft und eine Werbung für die politische Klasse ist, was hier stattgefunden hat.“<sup>5</sup>

Meine Damen und Herren,  
machen Sie sich das bitte klar: Hier stellt sich der Oberbürgermeister in aller Öffentlichkeit hin und spricht den demokratisch gewählten politischen Vertretern im Rat Stil und Würde ab – weil ihm deren Mehrheitsentscheidung nicht in den Kram passt!

Schämen Sie sich, Herr Geisel!

Die CDU-Fraktion verbittet sich auch Ihre an anderer Stelle getroffene Aussage, in Ratssitzungen habe der Umgang miteinander – Zitat – „ein unangenehmes Niveau erreicht“<sup>6</sup>, mit der Sie in die gleiche Kerbe hauen.

Herr Oberbürgermeister,  
offensichtlich fehlt Ihnen immer noch das Verständnis dafür, dass Debatten und Abstimmungen im Rat nicht dazu da sind, Ihren Interessen zu dienen.

---

<sup>5</sup> WDR-Fernsehen, Lokalzeit aus Düsseldorf (7.11.2017).

<sup>6</sup> „Polit-Streit erreicht Geisels Familie“ (Bild-Zeitung, 17.10.2017).

Auch hier sage ich Ihnen: Erfolgreich regieren geht anders!

Wer erfolgreich regieren will, sollte das Wohl Düsseldorfs in den Mittelpunkt stellen – und nicht sein eigenes.

Meine Damen und Herren,

ich habe Ihnen den schwachen Vertrauenshaushalt dieser Stadtregierung mit seinen Rissen und Lücken geschildert.

Lassen Sie mich nun zum Haushalt der Finanzen für 2018 kommen, der ähnlich problembeladen ist wie der Vertrauenshaushalt.

Auch dieses Jahr hat die Verwaltungsspitze versucht, die Politik weiter an den schleichenden Tabubruch mangelnder Haushaltsklarheit zu gewöhnen.

Die Taktik gleicht den russischen „Matroschka“-Puppen, die bekanntlich aus vielen Unterpuppen bestehen: Immer wenn man glaubt, den Haushalt zu kennen, erscheint ein neues Veränderungsverzeichnis. Die ganze Wahrheit erfährt die Politik dann erst am Schluss. Entweder als Überraschung oder als Mogelpackung.

Die 1. Matroschka-Puppe haben wir am 21. September bei der Einbringung des Haushaltes präsentiert bekommen.

Während Sie hier verkündeten, Herr Oberbürgermeister, der „Turnaround“ sei geschafft, stellte sich dann heraus, dass ein Defizit von 90 Millionen Euro im Haushaltsentwurf noch als „globale Minderausgabe“ deklariert wurde.

Zudem wies der Entwurf noch ein zusätzliches Minus von 31 Millionen Euro für Pensions- und Beihilferückstellungen aus.

Die Kämmerin hatte zugesagt, diese „globale Minderausgabe“ sollte im ersten Veränderungsverzeichnis durch konkrete Deckungsmaßnahmen ersetzt werden. Und zwar rechtzeitig zu den Etatberatungen der Fachausschüsse.<sup>7</sup>

Zu unserem großen Ärger ist die Zusage nicht eingehalten worden.

---

<sup>7</sup> Vgl. Etatrede der Stadtkämmerin Dorothee Schneider anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018 in den Rat. Ratssitzung am 21.09.2017, S. 20.

In den Etatberatungen der Fachausschüsse wurde uns dann aber die 2. Matroschka präsentiert. Diesmal mit doppelter Überraschung: Weder bekam jeder Ausschuss rechtzeitig vor Beratungsbeginn sein VVZ zugestellt. Noch gab es ein Gesamt-VVZ, aus dem hervorging, wie die Verwaltung das besagte Loch von 90 Millionen Euro stopfen wollte.

In den Fachausschüssen wurden teilweise im Blindflug die Haushaltsberatungen geführt, ohne das große Ganze zu kennen. Dabei wären wohl schon einige Informationen verfügbar gewesen.

Auf Nachfragen bekamen wir häufig genug zu hören: Der Oberbürgermeister hat die Vorlage noch nicht freigegeben.

Am 4. Dezember stellte der Oberbürgermeister dann Matroschka-Puppe Nr. 3 der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz vor. Die Botschaft des OB lautete da: Im Haushalt 2018 klafft noch ein 60 Millionen Euro Loch.

Meine Damen und Herren,  
erst kurz vor dieser Ratssitzung wurde das letzte Matroschka-Püppchen zum Haushalt geöffnet.

Da wurde dann verkündet, dass aus einem 120-Millionen-Euro-Loch eine schwarze Null geworden sei.

Glückwunsch, sollte man meinen. Düsseldorf ist safe, könnte man denken.

Und so werden wir gleich auch die Jubel-Arien in den Reden der Ampelvertreter hören. SPD, Grüne und FDP werden sich gegenseitig in den höchsten Tönen loben.

Doch, wie das bei einer Matroschka-Puppe so ist: Für die einen ist sie eine Überraschung. Für die anderen eine Mogelpackung.

Die spannende Frage lautet also: Ist in der letzten Matroschka-Puppe etwa gar nichts mehr drin?



Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Ampel-Vertreter,  
die positive Wendung beim Haushaltsabschluss 2017 und dem Haushaltsplan-Entwurf 2018 sind keineswegs das Ergebnis wirklicher Spar-Anstrengungen. Düsseldorf profitiert wieder von der guten Konjunktur und von einer Reihe von Einmaleffekten. Die Gewerbesteuer-Einnahmen wachsen so erfreulich überplanmäßig.

Zudem werden Bund, Land und Landschaftsverband Rheinland maßgeblich ihr Füllhorn ausschütten und der Stadt in 2018 einen einmaligen Geldsegen von mehr als 40 Millionen Euro bescheren.

Aber die bittere Wahrheit ist, dass Sie trotz dieser äußerst positiven Rahmenbedingungen einen ausgeglichenen Haushalt nur durch die Aufnahme eines 600-Millionen-Euro-Kredits erreichen können.

Trotz dieser Kreditaufnahme lautet die Botschaft der Pressekonferenz der Ampel vom Dienstag in der Zeitung: „Die Ampel beendet das Sparen!“

Nein, verehrte Vertreter der Ampel, das ist wirklich die falsche Botschaft. Wenn man die zufälligen positiven Einzeleffekte abzieht, befindet sich der Haushalt strukturell in tiefroten Zahlen.

Also bringen Sie den Etat dieser Stadt endlich aus eigener Kraft strukturell in Ordnung!  
Ohne dass Sie Messe und Sparkasse bis über die Schmerzgrenze hinaus melken.  
Ohne dass Sie Kreditschulden in Schattenhaushalten verstecken.  
Ohne dass Sie tatenlos auf einmalige Sondereffekte schielen.

Ansonsten bleibt Ihre Matroschka-Puppe eine Mogelpackung. Mit dieser Politik des Tricksens und Abwartens mögen Sie sich und Ihr Ampelbündnis zwar haushaltstechnisch über das nächste Jahr retten, Herr Oberbürgermeister!

Doch letztlich versuchen Sie nur darüber hinwegzutäuschen, dass Sie Ihren Etat nicht im Griff haben. Diese Art der Haushaltsführung ist nämlich eines ganz bestimmt nicht: Sie ist nicht nachhaltig.

Erfolgreich regieren geht anders!

Meine Damen und Herren,  
wie schon im Dezember 2016 machen wir als CDU auch heute einen eigenen Vorschlag zur Schulbaufinanzierung.

Verehrte Ampelvertreter,  
ich höre noch Ihre Häme, mit der Sie uns damals unterstellt haben, wir würden mit dem Verkauf von zwei Parkhäusern dreistellige Millionenausgaben für den Schulbau gegenfinanzieren wollen.

Das ist Unsinn, und das wissen Sie!  
Unser Deckungsvorschlag bezog sich einzig und allein auf den Baukostenanteil, der im Haushaltsjahr 2017 anfiel.

Doch damit Sie sich nicht länger in der Kunst des gezielten Missverständnisses üben müssen, werte Ampel, spricht sich die CDU heute für ein umfassendes und gegenfinanziertes „Sonderinvestitionsprogramm Schule“ bis 2021 aus.

Dieses Programm ist dem Prinzip verpflichtet, dass Investitionen in den Schulbau Kernaufgabe dieser Kommune sind und darum aus dem städtischen Kernhaushalt fließen sollen.

Alle Schulgebäude, auch die, die unter Federführung von IPM und IDR entstehen, sollen nach Fertigstellung vollständig bezahlt werden – ohne Kreditaufnahme und ohne als Stadt in die Verschuldung zu gehen.

Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Ampelmehrheit,  
Sie wollen die neuen Schulen zum Teil durch Einnahmen aus dem Kanal-Deal mit dem Stadtentwässerungsbetrieb bezahlen.

Wir haben bekanntlich gegen diesen Deal gestimmt. Denn er stellt einen finanziellen Verschiebeparkplatz zu Lasten der Bürger dieser Stadt dar. Die Stadt Düsseldorf verschuldet sich so um weitere 600 Millionen Euro.

Zudem verzichten Sie wegen dieser einmaligen Liquiditätsspritze auf die einträglichen Pachteinnahmen der Stadt für die nächsten Jahre. Allein aus diesem Grund fehlen Ihnen 41 Millionen Euro im Haushalt 2018.

Meine Damen und Herren,

aktuell haben wir im Schulbereich einen mit Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüssen unterlegten Investitionsbedarf von rund 162 Millionen Euro – für sieben Grund- und weiterführende Schulen, die gerade gebaut werden, sowie für das neue Albrecht-Dürer-Berufskolleg in der Paulsmühle.

Die CDU schlägt mit ihrem „Sonderinvestitionsprogramm Schule“ Folgendes vor:

Die Investitionsmittel, die für den Kauf dieser IPM- und IDR-Schulbauten nötig sind, sollen durch Grundstücksverwertungen finanziert werden. Konkret geht es um die städtischen Flächen Fürstenwall und Kesselstraße.

Der Standort Fürstenwall und die städtischen Filetgrundstücke an der Kesselstraße im boomenden Medienhafen dürften mehr als 200 Millionen Euro wert sein. Pläne für einen ersten städtebaulichen Wettbewerb sind ja bereits im Gang.

So wäre auch ohne Kanal-Deal ein großer Investitionsspielraum für Schulbauten zu gewinnen. Das wäre ein großer Wurf, der uns die Schuldenaufnahme für den Deal erspart hätte. Getreu dem Motto: „Ja zu Schulen, Nein zu Schulden!“

So geht erfolgreich Regieren!

Meine Damen und Herren,

Stadt und Politik haben nicht allein die Aufgabe, für gut organisierte und baulich intakte Schulen zu sorgen.

Auch in anderen Lebensbereichen erwarten die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, dass, wo nötig, Mängel beseitigt und Verbesserungen vorgenommen werden.

„Erfolgreich regieren“ heißt eben auch, nach Wegen zu suchen und Entscheidungen zu treffen, die das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Bevölkerung erhöhen.

Der Blick sollte sich dabei immer zuerst auf die Stadtteile und Quartiere richten, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben.

Herr Oberbürgermeister,

seit Sie im Amt sind, kann man beobachten, dass in den Stadtteilen der Ärger von Bürgerinnen und Bürgern über Vermüllung und dschungelartige Unkrautmengen wächst.

„So ungepflegt und schmutzig wie heute war Düsseldorf lange nicht mehr“, schrieb jüngst sogar ein bekanntes Anzeigenblatt.<sup>8</sup>

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Den Titel „Gartenstadt“ verdient Düsseldorf leider nicht mehr.

Das ist das Ergebnis Ihrer verfehlten Politik, mit der Sie seit Jahren am falschen Ende sparen, Herr Oberbürgermeister!

Auch dazu sage ich: Erfolgreich regieren geht anders!

Und diesen Schuh müssen auch Sie sich anziehen, verehrte Ampelvertreter!

Meine Damen und Herren,  
die CDU-Fraktion verlangt spürbare Verbesserungen bei Sauberkeit und Grünpflege in Düsseldorf. Weil wir aber nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten wollen, machen wir Druck und stellen heute einen Haushaltsbegleitantrag.

Darin fordern wir unter anderem, mehr unterirdische Containeranlagen einzurichten. Im Gegenzug soll es weniger oberirdische Container geben, weil die immer mehr zugemüllt werden. Dadurch sind die Standplätze meist total verdreckt. In Zukunft sollen die verbleibenden Plätze nach jeder Containerleerung zudem gründlich gereinigt werden.

Die CDU will auch die Reinigung von Parks und Grünflächen ausweiten. Dazu sollen dort die Müllbehälter öfter als bisher auch an den Wochenenden geleert werden.

Außerdem soll die Awista beauftragt werden, je nach Witterung flexibel anzurücken, um Unrat einzusammeln – wie sie das auch schon am Rheinufer in den Sommermonaten macht. Ergänzend dazu erteilen wir der Verwaltung eine ganze Reihe von Prüfaufträgen. Unter anderem soll sie den Einsatz von „smarten“ Müllbehältern in Problemlagen in Betracht ziehen. „Smart“ sind diese Behälter, weil sie automatisch ihren Füllstand messen.

Ein weiterer Punkt sollen Maßnahmen zur Entfernung von Unkraut sein. Wir wünschen uns zum Beispiel, dass da, wo der Einsatz des Wildkraut-Mobils nicht ausreicht, intensiv von Hand nachgearbeitet wird.

---

<sup>8</sup> Düsseldorf Anzeiger (30.8.2017).

Herr Oberbürgermeister,

ich habe gerne gehört, dass Sie bei den Jonges einigen unserer Konzeptpunkte zugestimmt haben. Leider habe ich weder in Ihrem Haushaltsentwurf noch in einem Ampelantrag dazu etwas Konkretes gelesen. Wenn es Ihnen also wirklich ernst sein sollte mit der Verbesserung der Stadtsauberkeit, dann müssten Sie gleich unserem Antrag zustimmen.

Meine Damen und Herren,

es gibt eine Wechselwirkung zwischen Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum.

Wenn sich etwa in einem Viertel der Eindruck verfestigt, niemand kümmert sich mehr um herumliegenden Müll oder Unkraut, läßt dieser Mangel an sozialer Kontrolle über kurz oder lang zu Straftaten und Zerstörungswut ein. Dann kippt bei Vielen das subjektive Gefühl von Sicherheit.

Ein Stadtteil, wo das Sicherheitsempfinden leider zurückgegangen ist, ist unsere Altstadt. Schon 2015 hat in der Allgemeinen Bürgerbefragung fast die Hälfte der Interviewten gesagt, sie fühlen sich dort in Bezug auf Belästigung, Gewalt oder Kriminalität „eher“ oder „sehr unsicher“.<sup>9</sup>

Herr Oberbürgermeister,

das ist ein Weckruf an Sie und Ihre Verwaltung! Für Ordnung und Sicherheit braucht es eine starke öffentliche Hand.

Dazu gehört nicht nur mehr Polizei auf den Straßen, was die abgewählte rot-grüne Landesregierung sträflich unterlassen hat.

Nein, auch von städtischer Seite müssen Lösungen her, um den Bürgerinnen und Bürgern die Verunsicherung zu nehmen.

Meine Damen und Herren,

die CDU weiß sehr genau, was der Oberbürgermeister gegen die Verunsicherung unter den Bürgerinnen und Bürgern tun kann: Er sollte dem städtischen Ordnungs- und Servicedienst endlich wieder mehr Personal geben. Jede vierte Stelle ist dort derzeit unbesetzt. Das sind in der Summe 35 Vollzeitstellen.

---

<sup>9</sup> Öffentliche Sicherheit und Sicherheitsempfinden. Allgemeine Bürgerbefragung Düsseldorf 2015, S. 27.

Diese OSD-Kräfte fehlen im gemeinsamen Streifendienst mit der Polizei. Sie fehlen bei den Jugendschutz-Kontrollen. Sie fehlen im Kampf gegen Lärm- und Müllsünder und im Kampf gegen Sozialbetrug. Sie fehlen bei der Betreuung von Großveranstaltungen. Und sie fehlen vor allem als bürgernahe Ansprechpersonen für Rat und Hilfe.

Herr Oberbürgermeister,

in den Augen der CDU ist es ein Skandal, dass Sie 35 OSD-Stellen nicht besetzen und obendrein 13 weitere Außendienst-Stellen im neuen Stellenplan wegfallen lassen wollen.

Hören Sie auf mit diesem sicherheitspolitischen Irrsinn!

Folgen Sie unserer Forderung und machen Sie die Einschnitte im Stellenplan sofort wieder rückgängig!

Vor allem die bürgerliche Mitte in unserer Stadtgesellschaft erwartet mehr Engagement von Ihnen, damit Düsseldorf sauberer und sicherer wird, Herr Oberbürgermeister!

Doch leider zeigen Sie da kaum bis gar keine Einsicht – nicht bei den Themen Sauberkeit und Sicherheit, auch nicht im Wohnungsbau, nicht in der Stadtentwicklung und nicht in der Kultur.

In der Kultur legen Sie sich gleichermaßen mit den Kulturschaffenden und dem bürgerlichen Publikum an. Die Galeristen-Szene ist nach Ihrem Alleingang beim Photo Weekend tief gespalten, der Kundenkreis der Volkshochschule wegen Ihrer Gebührenpläne tief verunsichert.

Im Wohnungsbau haben Sie nichts übrig für den preisgedämpften Bereich, der für mittlere Einkommensbezieher gedacht ist.

Herr Oberbürgermeister,

wenn Sie die Mittelschicht aus dieser Stadt vertreiben, hört Düsseldorf auf, eine Stadt für alle zu sein!

Meine Damen und Herren,

der Zukunftsplan für die Entwicklung unserer Stadt darf sich nicht in einem dreifach donnernden „Bauen, bauen, bauen“ erschöpfen. Auf die Herausforderung, dass immer mehr

Menschen in Düsseldorf wohnen und leben wollen, brauchen wir andere und bessere Antworten als das Bauen um jeden Preis.

Unter CDU- und FDP-Verantwortung hat die Stadtentwicklung zwischen 1999 und 2014 eine besondere Qualität erreicht, die auch in Zukunft der Maßstab sein sollte. Die Vorgaben des Handlungskonzepts Wohnen in seiner ersten Fassung von 2013, das FDP und Grüne mitgestaltet haben, halten wir nach wie vor für richtig.

Ausdrücklich falsch war es, dass sich der Oberbürgermeister davon weitgehend verabschiedet hat, indem er nun vorrangig auf Massenquartiere mit vielen Sozialwohnungen und auf gesteigerte Nachverdichtung setzt.

Um es klar zu sagen: Die CDU-Fraktion spricht sich für den vernünftigen Mix aus sozial gefördertem, preisgedämpftem und frei finanziertem Wohnraum in Neubaugebieten aus. Darin soll aber auch das Ein- oder Zweifamilienhaus seinen Platz haben.

Herr Oberbürgermeister,  
zu einer zukunftsorientierten Stadtplanung gehört mehr als die plumpe Parole, jedes Jahr 3.000 neue Wohnungen aus dem Boden stampfen zu wollen. Damit ist es nicht getan.

Und dies ist kein erstrebenswertes Ziel für ein lebenswertes Düsseldorf!

Denn es ist doch so: Für 3.000 neue Wohnungen brauchen Sie entsprechende Straßen- und ÖPNV-Anbindungen. Sie brauchen zehn dreigruppige Kitas, mindestens zwei neue Schulen, neue Spielplätze, Grün- und Erholungsflächen. Und nicht zu vergessen: Sie brauchen auch mittendrin neue Pflegeeinrichtungen, die in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger werden.

Ehrlicherweise brauchen Sie für all das auch zusätzliche Kapazitäten – Kapazitäten räumlicher, finanzieller, sozialer, organisatorischer und technischer Art.

Machen Sie den Menschen nichts vor, Herr Oberbürgermeister!

Wohnungsbau ohne die Schaffung von begleitender Infrastruktur gleicht einer Matroschka-Puppe ohne Inhalt. Beiden fehlt das einschließende Moment. Beide werden ihrem Anspruch nicht gerecht. Beide sind – ich bleibe bei dem Wort – eine Mogelpackung.

Herr Oberbürgermeister, verehrte Ampelvertreter,  
was die Nachverdichtung in bestehenden Quartieren betrifft: Die Verdichtung von Baumasse hat für uns engste Grenzen. Anders als Sie wollen wir nicht in jeden freien Hinterhof ein weiteres Mietshaus pressen.

Die CDU lehnt eine deutliche Verdichtung auch in den Bebauungsplänen für Neubaugebiete ab. Die Fälle von Hamm und von den Fashion-Häusern haben hier zu Recht hohe öffentliche Wellen geschlagen.

Konkret fürchten die Menschen um den Verlust von Lebensqualität. Wir nehmen diese Sorge sehr ernst. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Ampel und den OB von ihrem städteplanerischen Irrweg abbringen!

Meine Damen und Herren,  
so verständlich der Wunsch nach mehr Wohnraum sein mag: Der besondere gewachsene Charakter der Quartiere und Stadtteile muss erhalten bleiben. Dafür machen wir uns als CDU stark.

Wir sind der Überzeugung: Düsseldorf kann und sollte nicht im gleichen Tempo weiterwachsen wie in den vergangenen fünf Jahren.

Wir müssen wieder zu einem verträglichen und qualitätvollen Wachstum zurückfinden. Düsseldorf hat nicht genug Fläche, um allen potenziellen Neubürgern auch angemessenen Wohnraum bieten zu können.

Eine Lösung liegt, so glauben wir, in einem regionalen Brückenschlag. Die Stadt sollte gemeinsam mit ihren kommunalen Nachbarn eine wohnungs- und auch verkehrspolitische Offensive starten, um Druck vom Düsseldorfer Wohnungsmarkt zu nehmen.

Das wäre ein guter Baustein für erfolgreiches Regieren, Herr Oberbürgermeister!

Meine Damen und Herren,  
damit eine Stadt erfolgreich regiert werden kann, ist eine gute Verwaltung unerlässlich.

Die Düsseldorfer Stadtverwaltung arbeitet hervorragend und zuverlässig. Sie ist dabei bürgernah und bürgerfreundlich. Und im Innenverhältnis kompetent und kooperativ.



Dieses Kompliment verdient unsere Verwaltung umso mehr, weil sie im Spannungsfeld von Stadtspitze und Politik tätig sein muss, deren Interessen oft genug auseinandergehen. Das ist nicht immer eitel Sonnenschein.

Im Namen der CDU-Ratsfraktion danke ich den Damen und Herren Beigeordneten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Was die Menschen in den unterschiedlichen Ämtern leisten können, haben sie nicht zuletzt rund um den Grand Départ eindrucksvoll bewiesen.

Danken möchte ich auch den Beschäftigten der Kämmerei, die unter viel Druck in den letzten Wochen und Tagen die Beratungsunterlagen für den neuen Haushalt mehrfach umändern und anpassen mussten, damit wir heute hier darüber abstimmen können.

Schließlich danke ich den anwesenden Verantwortlichen aus den Bezirksvertretungen, die unermüdlich dafür sorgen, dass dieser Rat auch die Lebenswelten der Menschen in den Stadtteilen in seinem Blick behält.

Meine Damen und Herren,  
erfolgreich Regieren geht so, dass beide Haushalte – der Haushalt der Finanzen und der Haushalt des Vertrauens – in Ordnung kommen.

Der Appell der CDU-Fraktion an den Oberbürgermeister und die Ampelmehrheit lautet heute mehr denn je: Beide Haushalte sollen endlich geordnet, tragfähig und zukunftsfest gemacht werden.

Herr Oberbürgermeister,  
konkret fordern wir Sie auf, die Verschuldung strukturell abzubauen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Nichts wäre belastender für die haushaltswirtschaftliche Stabilität, nichts wäre schädlicher für das politische Klima in dieser Stadt, als wenn die Ära Geisel als verlorene Zeit für Düsseldorf ins Geschichtsbuch einginge.

Herr Oberbürgermeister,  
der Kraft-Akt, der vor Ihnen liegt, ist, was die Vertrauensseite angeht, auch ein persönlicher: Sie sollten, das wäre mein Wunsch, zu neuem Respekt vor diesem Rat finden:

seine Rechte achten, seine lebendige Debattenkultur würdigen und seine Beschlüsse befolgen. Es wäre auch ein wichtiger Schritt zu mehr Verständigung, Verlässlichkeit und Transparenz.

Das jedenfalls wäre eine gute Voraussetzung, um erfolgreich zu regieren – zum Wohl und zum Besten Düsseldorfs.

Ich danke Ihnen.

